

Nr. 14/18 | 10.6.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich  
Ihr  
Egon Jüttner



## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Die Lage in der Ukraine
2. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
3. Der Mindestlohn
4. Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber
5. Deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo
6. Deutsche Beteiligung an der MINUSMA
7. Deutsche Beteiligung an der UNIFIL



PEINZENKOLLE

## 1. Die Lage in der Ukraine

In der Ukraine haben sich die Wähler am 25. Mai für einen gemäßigten und besonnenen Kandidaten ausgesprochen. Präsident Poroschenko übernimmt sein Amt in einer schwierigen Zeit für sein Land. Die schweren Kämpfe, denen sich die ukrainischen Streitkräfte zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung ausgesetzt sehen, machen uns betroffen. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages hoffen, daß es rasch zu Gesprächen und so zu einer friedlichen Auflösung der schwierigen Situation in diesem wichtigen Nachbarstaat der EU kommt. Wir appellieren an Russland, dass es seiner Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben in der Ukraine nachkommt.

Die Lage in der Ukraine war auch Thema beim europäischen Gipfel, der im Plenum des Deutschen Bundestages ebenso debattiert wurde wie der G7-Gipfel in Brüssel. Deutschland steht zu seiner Verantwortung für Frieden und Freiheit weltweit und leistet einen wichtigen Beitrag zu Stabilisierung und Friedenssicherung.

## 2. Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erläuterte die Ergebnisse der Abstimmung mit unseren Partnern in der EU. Es wurde hinsichtlich der Probleme in der Ukraine erneut bekräftigt, daß Europa eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft ist. Deutschland profitiert von dem gemeinsamen Auftreten der Europäer – auch als bevölkerungsreichster Staat Europas ist Deutschland angesichts der Globalisierung allein nicht stark genug. Der Europäische Rat hat sich mit den Herausforderungen der Globalisierung für Europa befaßt und betont, daß der Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion eine Grundlage für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit für die Menschen in Europa ist. In der Energiepolitik ist ebenfalls ein gemeinsames europäisches Handeln erforderlich. Und mit Blick auf den 70. Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie sollten wir uns deutlich machen, was wir in den zurückliegenden Jahrzehnten dank eines friedlichen und wirtschaftlich erfolgreichen geeinten Europas erreicht haben. Mit neun Nachbarstaaten, in der Mitte des Kontinents gelegen, ist es das ureigene Interesse Deutschlands, Probleme und Konflikte in Übereinstimmung mit unseren europäischen Nachbarn zu lösen.

## 3. Der Mindestlohn

Der Gesetzesentwurf zum Mindestlohn wurde in erster Lesung im Plenum des Deutschen Bundestages beraten und besteht aus drei wesentlichen Teilen. Zum einen wird das Arbeitnehmerentendegesetz (AEntG) für alle Branchen geöffnet. Darüber hinaus erfolgt eine Reform und Erleichterung der Allgemeinverbindlich-Erklärung von Tarifverträgen im Tarifvertragsgesetz (TVG). Schließlich sieht der Gesetzesentwurf die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns (Mindestlohnengesetz – MiLoG) vor, womit die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes ab dem 1. Januar 2015 in Höhe von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde geregelt wird.

Die CDU/CSU-Fraktion hat großes Vertrauen in die Tarifvertragsparteien und hält die Tarifautonomie für ein hohes Gut. In keinem anderen Land der Welt ist so eine partnerschaftliche Sozialkultur entstanden wie in Deutschland. Das ist das Ergebnis der hohen Verantwortungsbereitschaft der Tarifpartner. Auch künftig

soll die Verantwortung für angemessene Löhne bei ihnen liegen. Funktionierende Tarifautonomie braucht starke Arbeitgeberverbände und starke Gewerkschaften, die für ihre Mitglieder verbindliche Abmachungen treffen können.

Für die Mehrheit der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer gelten Tarifverträge. Aber es zeichnet sich ab, daß die Tarifbindung stark abgenommen hat. Um soziale Verwerfungen in den Branchen zu verhindern, in denen keine Tarifverträge gelten oder Tarifverträge nur geringe Wirkungskraft entfalten, erhalten die Tarifvertragsparteien künftig neben den Möglichkeiten, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bietet, auch die Möglichkeit, in einer Mindestlohnkommission über die Anpassung des allgemeinen Mindestlohns zu entscheiden.

Die CDU/CSU-Fraktion wird alles daran setzen, dass der Mindestlohn keine Beschäftigung gefährdet. Um unerwünschte Wirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigungslage verhindern zu können, hat die CDU/CSU-Fraktion ihre Vorstellungen bereits eingebracht, etwa durch die Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose.

## **4. Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber**

In erster Lesung wurde ein Gesetzesentwurf beraten, der den Umgang mit Asylsuchenden und ihren Anträgen aus drei Balkanstaaten (ehemalige jugoslawische Republiken Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina) regelt. Wie das Auswärtige Amt eindeutig feststellt, findet in diesen Staaten weder eine politische Verfolgung noch eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe statt. Ohne einzelne problematische Umstände wie die allgemein schwierige Lage für Sinti und Roma, die auf dem ganzen Balkan besteht, damit auszublenden, ist die Definition als sicherer Herkunftsstaat eine Erleichterung für die Beschleunigung von Asylverfahren und die Freisetzung von Bearbeitungskapazitäten für dringende Fälle. Fast ein Viertel aller Asylanträge in Deutschland gehen auf Bürger aus den genannten drei Staaten zurück, die offenkundig keine Asylgründe aufweisen können. Dieser Gesetzesentwurf entspricht einer Vereinbarung des Koalitionsvertrags.

## **5. Deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo**

Die CDU/CSU-Fraktion stimmte dem Antrag der Bundesregierung auf eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) in namentlicher Abstimmung zu. Der Einsatz hat zu einer zunehmenden Befriedung der Lage in der unruhigen Region geführt. Es bleibt das Eskalationspotenzial insbesondere im kosovo-serbisch dominierten Norden des Kosovo hoch, so daß die Grundlage für die Beendigung des Einsatzes noch nicht gegeben ist. Allerdings wird die Möglichkeit gesehen, bei einem weiteren Fortschreiten der Normalisierung zwischen den beiden Parteien zu einer schrittweisen Reduzierung der momentan bei 1.850 Soldaten liegenden Personalobergrenze zu kommen.

## **6. Deutsche Beteiligung an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)**

Im Plenum wurde der Antrag der Bundesregierung über eine Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali bis zum 30. Juni 2015 beraten. Im Rahmen dieser für die weitere Beruhigung der Lage in Mali entscheidenden Mission ist die Bundeswehr insbesondere für den taktischen Lufttransport, die Luftbetankung, den Lufttransport in das Einsatzgebiet sowie für die Verlegung verschiedener Truppenteile der MINUSMA-Kräfte verantwortlich. Die Mission stabilisiert wichtige Bevölkerungszentren und hat die Unterstützung der staatlichen Autorität im ganzen Land zum Ziel. Die Personalobergrenze liegt bei 150 Soldaten.

## **7. Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL)**

Im Rahmen der im Jahr 2006 begonnenen UNIFIL-Mission beteiligt sich die Bundeswehr mit der Unterstützung des Libanons bei der schrittweisen Übernahme des Schutzes seiner Seegrenzen. Schwerpunkt der deutschen Beteiligung ist die Ausbildung und der Aufbau der libanesischen Marine, wofür bis zu 300 Soldaten eingesetzt werden. Zur Fortsetzung dieser Aufgabe bis zum 30. Juni 2015 stimmte die CDU/CSU-Fraktion dem Antrag der Bundesregierung zu. So kann die Bundeswehr vor dem Hintergrund des syrischen Bürgerkriegs weiter im Rahmen der UNIFIL-Mission vor Ort einen wesentlichen Beitrag zu Deeskalation, zur Stabilisierung und zur Friedenssicherung leisten.

## **8. Relevantes aus Mannheim und der Region**

### **Aufruf zur Teilnahme am Parlamentarischen Patenschafts-Programm**

Ich rufe zur Teilnahme am Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages auf. Der Aufruf richtet sich an Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren und an junge Berufstätige und Auszubildende bis 24 Jahre. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA, in dessen Rahmen Jahr für Jahr rund 360 Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige aus Deutschland in die Vereinigten Staaten reisen. Die Stipendiaten des PPP leben ein Jahr in Gastfamilien, besuchen Schulen und absolvieren Praktika in Betrieben.

Ich habe schon häufig Patenschaften für Schülerinnen und Schüler und junge Erwachsene im Rahmen dieses Programms übernommen. Im kommenden Schuljahr wird erneut eine Mannheimer Schülerin für ein Jahr in die Vereinigten Staaten gehen. Das Programm bietet den Teilnehmern eine gute Gelegenheit, die Vereinigten Staaten kennenzulernen. Es hat positive Auswirkungen auf deren berufliche und persönliche Entwicklung. Die Stipendiaten übernehmen als junge Botschafter Deutschlands in den USA eine wichtige Rolle.

Die Bewerbung für das Parlamentarische Patenschafts-Programm 2015/2016 läuft noch bis zum 12. September 2014. In diesem Jahr können sich Interessenten erstmals online bewerben. Das Online-Formular sowie weitergehende Informationen stehen auf [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp) zur Verfügung. Interessierte können sich auch in meinem Büro (Telefon: 030/227 72291, E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)) melden.

## **Mannheimer Schüler bei „Jugend und Parlament 2014“ im Bundestag**

Auf meine Einladung hin nahm der Mannheimer Schüler Malte Janzing vom Ludwig-Frank-Gymnasium an der Veranstaltung „Jugend und Parlament 2014“ teil, die im Deutschen Bundestag stattfand. Dieses Planspiel, das der Bundestag jedes Jahr veranstaltet, ermöglichte es 312 Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet, in die Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen und den Weg der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag zu simulieren. Dabei lernen die Jugendlichen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen und zugleich die legitimen Interessen der anderen Gruppen zu berücksichtigen. Die gerade unter Jugendlichen verbreitete Politikverdrossenheit macht Veranstaltungen wie diese so wertvoll. Das Programm „Jugend und Parlament“ bietet jungen Menschen im Alter von 16-20 Jahren die Gelegenheit, hinter die Kulissen der Politik zu schauen. Die Arbeitsabläufe im Deutschen Bundestag und die - oftmals langwierigen – politischen Entscheidungsprozesse werden dadurch nachvollziehbarer. Ich freue mich deshalb sehr, dass mit Malte Janzing auch in diesem Jahr wieder ein Schüler aus Mannheim an „Jugend und Parlament“ teilnehmen konnte.



Bild: Malte Janzing in Jüttners Berliner Büro

## **Vorbildliche Ausbilder gesucht: Werbung für Ausbildungs-Ass**

Ich weise darauf hin, daß sich Unternehmen und Initiativen, die sich vorbildlich um die Ausbildung junger Menschen kümmern, ab sofort um den Titel „Ausbildungs-Ass 2014“ bewerben können. Mit dem Preis, den die Wirtschaftsjuvenen Deutschland gemeinsam mit den Junioren des Handwerks und der INTER Versicherungsgruppe vergeben, werden Unternehmen, Initiativen und Schulen für besonderes Engagement in der Ausbildung ausgezeichnet.

Ziel ist es, daß jeder Jugendliche in unserem Land eine Chance auf eine gute Ausbildung bekommt. Dazu ist es wichtig, daß es Unternehmen und Initiativen gibt, die sich mit Engagement und Herzblut für junge Menschen einsetzen. Das Ausbildungs-Ass ist eine gute Möglichkeit, dieses Engagement zu würdigen und vorbildliche Unternehmen sowie Initiativen bekannt zu machen. Ich bin sicher, daß es in Mannheim Unternehmen und Initiativen gibt, die den Titel Ausbildungs-Ass 2014 verdienen. Ich kann deshalb nur dazu auffordern, die Chance zu nutzen und sich um diese Auszeichnung zu bewerben. Das Ausbildungs-Ass wird seit

18 Jahren verliehen und ist mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 15.000 Euro dotiert. Bewerbungen können sich Unternehmen und Handwerksbetriebe, die sich in hohem Maße für die Ausbildung einsetzen, sowie Schulen und Institutionen, die an außer- und überbetrieblichen oder schulischen Initiativen mitwirken. Bewerbungen sind bis zum 31. Juli 2014 möglich. Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.ausbildungsass.de](http://www.ausbildungsass.de) oder in meinem Berliner Büro unter 030-227-72291.

## **Wissenschaftspreis 2014**

Ich rufe zur Teilnahme am Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestags auf. Der Wissenschaftspreis würdigt hervorragende wissenschaftliche Arbeiten der jüngsten Zeit, die zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen. Der Preis, vom Parlament 1989 aus Anlass seines 40jährigen Bestehens begründet, wird seit 1997 im zweijährigen Turnus verliehen. Er ist mit 10.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen. Der Wissenschaftspreis des Bundestages ist ein hervorragendes Zeichen der Lebendigkeit des deutschen Parlamentarismus. Ich würde mich freuen, wenn Mannheimer Studenten, die sich mit diesem Thema befassen, ihre Arbeiten einreichen würden.

Wissenschaftliche Studien können sowohl vom Autor selbst als auch durch Dritte vorgeschlagen werden. Die Werke müssen in dreifacher Ausfertigung und nach Abschluss der gegebenenfalls vorangegangenen akademischen Verfahren eingereicht werden. Der Bewerbung ist ein Lebenslauf beizufügen. Berücksichtigt werden nur bereits publizierte Arbeiten, die seit dem 1. Juli 2012 erschienen sind.

Die Auswahl der Preisträger erfolgt durch eine Fachjury aus Wissenschaftlern unterschiedlicher Provenienz.

Anwärter und Befürworter preiswürdiger Arbeiten werden gebeten, sich bis zum 15. Juli 2014 an folgende Adresse zu wenden: Deutscher Bundestag, Fachbereich WD 1, Wissenschaftspreis, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

## **Justus-von-Liebig-Schule in Berlin**

15 Schüler der Justus-von-Liebig Schule und der Stephen-Hawking-Schule Neckargemünd, die gemeinsam eine Inklusionsklasse bilden, besuchten mit ihren sechs Lehrern und Betreuern auf meine Einladung hin den Deutschen Bundestag. Der Besuch begann mit einem Informationsvortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals. Die Klasse wurde nicht nur über parlamentarische Abläufe und Gebräuche informiert, sondern auch über die Historie des Gebäudes. Daran schloß sich ein Gespräch mit meinen Berliner Mitarbeitern an, in dem die Aufgaben eines Abgeordneten näher erläutert wurden. Die Schüler hatten Gelegenheit, zahlreiche Fragen zu aktuellen politischen Themen zu stellen und interessierten sich insbesondere für die Schwerpunkte Auswärtiges und Menschenrechte, die ich auch in der 18. Legislaturperiode wieder setze, sowie für den Ablauf einer Sitzungswoche und den Einsatz des Abgeordneten für Mannheim. Nach dem Gespräch besichtigten die Schüler die Reichstagskuppel, von der sich ein beeindruckender Blick über Berlin bot. Ein Abendessen im Besucherrestaurant des Deutschen Bundestages rundete den spannenden Besuch ab.



Bild: Die Schülerinnen und Schüler der gemeinsamen Klasse der Justus-von-Liebig-Schule und der Stephen-Hawking-Schule mit ihren Lehrern und Betreuern.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)